

Gemeinderatssitzung 29.04.2021, Haus der Feuerwehr (Saal)

TOP 5, Vollzugsdienst – Ausbau, weitere Stelle

Selten ist mir ein Statement so schmerzlich wie das, das ich nun halten werde. Und ich habe schon einige Statements zu kontroversen Themen gehalten.

Am Anfang will ich kurz zu der Verwaltungsvorlage und dem, was Bürgermeister Hoffmann gerade gesagt hat, Stellung nehmen.

Wir haben eine zusätzliche halbe Stelle beantragt, das heißt, in Zukunft soll es eine 450-€ Ordnungskraft und eine zweite Halbtagsstelle geben. Von Kündigung war und ist in unserem Antrag keine Rede.

Die Mittel dazu sind im HH-Plan eingestellt.

Nun zu meinen Schwierigkeiten.

Eigentlich ist oberflächlich alles ganz klar. Den Antrag auf eine zusätzliche halbe Stelle im Gemeindevollzugsdienst haben wir bereits mehrfach gestellt und begründet. Es wurden bereits mehrmals Mittel vom Gemeinderat in den HH eingestellt, so auch für dieses Jahr. Eine weitere Stelle gab es allerdings bis heute nicht.

Die Aufgaben des Gemeindevollzugsdienstes sind in der Dienstanweisung, die den Unterlagen beigelegt ist, niedergelegt. Sie umfasst sechs DIN-A4-Seiten. Zwei eng bedruckte Seiten umfasst die Aufgabenbeschreibung. Wenn man sich diese ansieht, erschrickt man erst einmal vom Umfang. Die Aufgaben umfassen den Vollzug von Gemeindevorschriften, Aufgaben im Straßenverkehrsrecht – das ist wohl auch das Aufgabengebiet, an das man als erstes denkt -, den Umweltschutz, hier zu z. B. Feststellen von unrechtmäßiger Müllablagerung u. ä., den Feldschutz, das Veterinärwesen und allein 11 sonstige Aufgaben. Man fragt sich schon, ob „nur“ eine zusätzliche halbe Stelle hier überhaupt etwas nützt. Für uns ist diese Stelle immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Für die Entscheidung wichtige Informationen - Zahlen, Daten und Fakten - liegen uns nicht gerade überreichlich vor. Die jetzige Kraft wurde Januar 2017 eingestellt – übrigens mit der Hauptaufgabe „Kontrolle des ruhenden Verkehrs“. Arbeitszeit waren 25 Stunden im Monat. Für das erste halbe Jahr Januar bis Juli 2017 bekamen wir einen Tätigkeitsbericht. Dieser war wegen des großen Anteils an Ausbildungszeiten, über 40 % der Arbeitszeit, untypisch für die weiteren Tätigkeiten. Trotz vielfachen Anfragen nach einem Tätigkeitsbericht haben wir erst für vorgestern für das zweite Halbjahr 2020 erneut einen – nur auf die Tätigkeit im Straßenverkehrswesen bezogenen Bericht erhalten mit Angaben zu festgestellten Ordnungswidrigkeiten. Dass viel zu tun ist, kann jeder sehen, der vor allem zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs ist. Zugesparkte Fußwege und Autos auf den Radwegen sind alltäglich. Man muss häufig den Bürgersteig oder den Radweg verlassen, um weiterzukommen, besonders mit Kinderwagen oder Rollator. Das ist gefährlich. Hier könnte man viel, viel mehr ahnden. Und damit hoffentlich erreichen, dass die Situation sich langsam ändert, dass es für die schwächeren am Verkehr Teilnehmenden nach und nach leichter wird, sich im öffentlichen Raum zu bewegen.

Neben der Verletzung der StVO stellen wir uns vor, dass dann vielleicht mal auch die örtlichen und allgemeinen Bauvorschriften überwacht werden könnten.

Bewusst fordern wir **keine** zweite 450-€-Stelle ohne Sozialversicherungspflicht, sondern eine sozialversicherungspflichtige halbe Stelle mit einer sozialen Absicherung. Auf einen solchen

Jobs werden sich mit Sicherheit Bewerber*innen finden, es werden ganz andere Personen, ein viel weiterer Personenkreis angesprochen als für einen 450-€-Job. Die nötigen Qualifikationen können dann durch entsprechende Veranstaltungen im Job erworben werden, das war bei der bisherigen Kraft auch der Fall. Zwei Personen würden bei einer Urlaubsabsprache auch bedeuten, dass immer eine Vollzugskraft im Ort unterwegs sein kann.

Man kann die Stelle nötig finden oder nicht und unserem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen.

Meine Probleme mit meiner Stellungnahme liegen in einem tieferen Bereich. Es geht um mehr. Man könnte denken, die Vollzugskraft bedeutet mehr Überwachung, mehr Staat im Ort.

Die Ordnungskraft ist aber kein Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Wie schaffen wir es, dass Regeln eingehalten werden? Wer hält Regeln ein, wenn sie nicht zumindest manchmal überprüft werden? Würde jeder Person sich an alle Regeln halten, lebten wir in einer idealen Welt, bräuchten wir weder Polizei noch Justiz, keine Steuerfahndung, keine amtlichen Geschwindigkeitsmessungen und eben auch niemanden, der im Gemeindevollzugsdienst arbeitet. Wir würden auf allen Ebenen viel, viel Geld sparen.

Aber leider leben wir nicht in einer idealen Welt. Bezüglich des Einhaltens der StVO kann das jeder hier im Ort an jedem Tag sehen. Wie schaffen wir es, mehr Sicherheit zu schaffen, die Schwächeren zu schützen? Kann sich der Stärkere immer durchsetzen, ohne Folgen zu spüren?

Unserer Meinung nach funktioniert die Einhaltung von Regeln, vor allem beim Parken, im Moment nur durch einen verstärkten personellen Einsatz des Gemeindevollzugsdienstes. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Gemeindevollzugsdienst Ordnungswidrigkeiten beanstandet. Ordnungswidrigkeiten sind keine Straftaten, sie beinhalten ein geringeres Unrecht. Sie werden also auch nicht bestraft. Sie werden mit Verwarnungs- oder Bußgeldern belegt, normalerweise im zweistelligen Eurobereich.

Uns ist klar, dass der Gemeindevollzugsdienst die Probleme nicht alleine löst. Es gibt – übrigens nicht nur hier – zu viele Autos und zu wenig Parkplätze. Es gibt zu wenig Radwege, zu wenig ÖPNV, zu wenig Carsharing, die Benutzung von Autos durch viele Personen. Es muss möglich werden, ohne eigenes Auto, das zum großen Teil 23 Stunden am Tag steht, auszukommen. Hier muss sich in Zukunft einiges grundlegend ändern, Stichwort neue Mobilität. Wir brauchen Konzepte, wie wir im Ort darauf hinarbeiten können. Wir brauchen Ideen, wir brauchen Bürger*innbeteiligung. Nicht nur das Auto darf zukünftig Grundlage unserer Straßenplanung und -Gestaltung sein. Aber wir können nicht warten, bis das passiert. Wir brauchen bereits **jetzt** mehr Sicherheit.

Ich appelliere an meine Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen, und Neulußheim vor allem für die Schwächeren am Verkehr teilnehmenden ein bisschen sicherer zu machen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn unser Antrag eine Mehrheit bekäme.